

Die badische Lehre.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden hat in der Partei mit Recht ein großes Interesse geweckt. Baden war seit einem Jahrzehnt das Musterland des Revisionismus; seine freiheitlichen politischen Formen, die durch ein herzliches Zusammenarbeiten von Sozialdemokratie und Liberalismus in stand gehalten wurden, sollten den übrigen in Klassenhaß und Reaktion verfunkenen deutschen Ländern die Vorzüge der revisionistischen Taktik zeigen. Daher mußte, nachdem man sich so oft darüber gestritten hatte, der praktische Ausgang des badischen Experiments als eine Probe auf die Theorie die größte Aufmerksamkeit finden. Während die Partei es immer wieder entschieden abgelehnt hatte, den badischen Taktikern zu folgen, ist der Zusammenbruch der Großblockpolitik in Baden für sie jetzt ein neuer Beweis, daß sie mit ihren allgemeinen Anschauungen gegenüber den badischen Wahlen recht hatte. Über die Bedeutung der badischen Wahlen geht noch viel weiter als bis zum bloßen Zusammenbruch der Großblockpolitik.

Der Großblock bedeutet ein politisches Zusammenarbeiten von Nationalliberalen, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten, die zusammen moderne Entwicklung, politische Freiheit und fortschrittliche Lebensformen vertreten gegenüber den reaktionären Parteien Zentrum, Konservativen und Antisemiten. Weshalb diese Politik zusammengebrochen ist, ist noch nirgends so klar hervorgetreten, wie in diesen badischen Wahlen. Die drei Parteien unterstützten einander, die Sozialdemokraten halfen den Nationalliberalen, wo sie nur konnten; aber ein Teil der Nationalliberalen wollte nicht mitmachen, führte sich vielmehr zu den Schwarzblauen hin, zog sich von diesen aufstellen oder unterstützen, und stimmte selbst auch für die reaktionären Parteien. Trotzdem in den Städtewahlen noch eine knappe Mehrheit der drei Großblockparteien herauskam, ist der Großblock selbst gesunken, denn einige jener „Nationalliberalen“ sind von den Schwarzblauen gewählt worden und halten zu ihnen. Ein Teil der Nationalliberalen will also von der Großblockpolitik nichts mehr wissen, weil er völlig reaktionär fühlt und handelt. In Baden nimmt die politische Entwicklung denselben Weg, der viel früher schon in Norddeutschland und allmählich auch im übrigen Süddeutschland eingeschlagen wurde: die bürgerlichen Parteien werden reaktionärer, der Klassenkampf wird schärfer. Und die Ursache dieser Entwicklung liegt nicht in den bösen Schwarzblauen, die die Reaktion bringen wollen, und deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden sollen, sondern sie liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Kapitalismus verschärft durch seine Entwicklung die Klassengegensätze — man denke auch an den Streik in Wrochelm mit den terrorisierenden Hinkebrüdern — und erzeugt die Reaktion; und da müssen auch die Nationalliberalen mit, wollen sie die Rundschaft der Bourgeoisie nicht verlieren.

Aber das wichtigste Resultat dieser Wahlen liegt nicht in dem Nachweis der Unmöglichkeit des politischen Zusammenwirkens von Arbeitern und Ausbeutern, sondern in den Resultaten ihres wirklichen Zusammenwirkens. Die sozialdemokratischen Stimmen gingen von 86 000 auf 74 600, die sozialdemokratischen Mandate von 20 auf 13 zurück, während die Liberalen Parteien 5000 Stimmen gewannen, und das Zentrum mit den Konservativen von 117 000 auf 146 000 Stimmen und von 29 auf 35 Mandate krieg. Diese Schwächung der Sozialdemokratie hat nichts mit der Abneigung der Nationalliberalen, mit uns zusammenzuwirken, zu tun; auch wenn der Großblock sich sonst bewährt hätte und die drei Parteien in musterhafter Treue zusammenhielten, läge hier für unsre Partei ein zwingender Grund vor, mit der Blockpolitik Schluss zu machen. Wenn auch dieser Ausgang wiederholt vorausgesetzt wurde, hat es doch Interesse, die Gründe für diesen Rückgang der Sozialdemokratie und diesen Aufschwung des Zentrums näher festzustellen.

Einen Teil unsrer früheren Wähler haben wir an das Zentrum verloren; das Zentrum hat auf unsre Kosten gewonnen, und — obgleich in Prozenten der Gesamtstimmen die Schwarzblauen von 38 auf 44 stiegen, wir von 28 auf 23 fielen, und die Liberalen von 34 auf 33 sich nahezu gleich blieben — sicher auch auf Kosten der Liberalen; das ergibt sich aus der Betrachtung der Einzelkreise; dafür haben dann wieder die Liberalen auf unsre Kosten gewonnen. Als Grund für diesen Aufschwung des Zentrums wird die „Wadertaktik“ und die gute Organisation angegeben. Aber was bedeutet diese? In kleinbürgerlich-bäuerlichen Gegenden, wo die Klassengegensätze sich noch nicht scharf entwickelt haben, sind viele katholische Bürger, Bauern und Arbeiter für eine fanatisch-kirchliche Politik noch nicht zu haben; sie denken etwas liberal und demokratisch, lassen die Pfarrer nicht dreinsprechen, und diese Pfarrer selbst sind noch wenig

politisiert. Mit der Verschärfung des Kampfes entsteht aber für jede Partei, auch für das Zentrum, die Notwendigkeit und der Trieb, alle Kräfte im politischen Kampf auf die Beine zu bringen und das ganze katholische Volk stramm ins Joch der kapitalistisch-reaktionären Zentrumspolitik zu zwingen und zu organisieren; dann müssen alle Pfarrer mit, dann wird Kirche und Zentrum immer mehr eins, und die Religion wird bis zum äußersten im Wahlkampf ausgenutzt. Das ist die Entwicklung, die überall schon längst vollzogen ist und die sich unter der Führung Waders jetzt auch in Baden durchsetzt; sie bedeutet zugleich einen Fortschritt von der kleinbürgerlichen Kirchturns- und Kantönlipolitik zur großen allgemeinen Parteipolitik.

Bei dieser Eingliederung der ganzen katholischen Wählerschaft in die Gefolgschaft des Zentrums tritt nun sonst durch die Klassenkampfpolitik der Sozialdemokratie eine rückläufige Bewegung ein. Derselbe Kapitalismus, der das Zentrum zu dieser Anstrengung zwingt, macht die katholischen Arbeiter für die Lehre des Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat empfänglich; diese Entwicklung, die die Sozialdemokratie auf Kosten des Zentrums stärkt, findet jetzt in den meisten Teil Deutschlands statt. Aber dazu ist als Vorbedingung nötig, daß die Sozialdemokratie als Partei des Klassenkampfes auftritt. Diese Vorbedingung fehlt, wo die Blockpolitik herrscht. Wenn Liberale und Sozialdemokraten zusammen gegen das Zentrum aufstehen, beherrscht nicht der Klassenkampf, sondern ein ideologischer Kampf um Freiheit, Fortschritt, Religion und dergleichen die Politik; die Trennungslinie liegt nicht zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten, sondern zwischen Freiheit und Reaktion, wie die eine Seite, zwischen Glauben und Unglauben, wie die andre Seite es nennt. Da fehlt den katholischen Arbeitern aller Anlaß, für die Partei der Liberalen und Katen zu stimmen; unsre Partei kann sie nur gewinnen, und hat nur dann ein Recht auf ihr Vertrauen, wenn sie als die Partei der Ausbeuteten aufs schärfste gegen die ganze bürgerliche Welt kämpft, die ihre Ausbeutung in stand halten will. Die Pfarrer werden sie aber — mögen sie früher aus Anmut über die neuen Steuern rot gestimmt haben — leicht wieder einfangen, wenn unsre Partei als Teil eines liberal-fortschrittlichen Blocks auftritt. Daß die Blockpolitik die katholischen Arbeiter fester an das bürgerliche Zentrum schmiedet und damit ihr Klassenbewußtsein hemmt, ist der erste große Nachteil dieser Politik für das Proletariat.

Aber zugleich schwächt sie auch die Kraft der Sozialdemokratie gegen die Liberalen. Man kann natürlich gegen die lieben Blockbrüder nicht mit der nötigen Rücksichtslosigkeit kämpfen, man muß sie daher schon vor der Hauptwahl in der allgemeinen Agitation schonen, man muß diesen Kampf „dämpfen“, und die Berichte aus Baden reden auch davon, daß der Kampf gegen die Liberalen meist kaum oder nur lau geführt wurde. Aber das ist nur die unwichtigste äußere Seite. Wesentlicher ist es, daß die Sozialdemokratie dabei überhaupt den Charakter einer Partei des Klassenkampfes verliert und in ihrer Agitation nur ihren Reformcharakter und nicht ihren prinzipiellen Charakter hervorhebt, der sie von dem fortschrittlichen Liberalismus unterscheidet. Dieser grundsätzliche Unterschied, den klarzumachen gerade das Ziel unsrer Agitation sein muß, wird verwischt. Da zugleich in der Praxis die liberalen Maßnahmen unterstützt und verteidigt werden müssen, wird damit in den Massen wieder Vertrauen in den Liberalismus großgezogen. Kein Wunder, daß ganze Scharen dann sofort für die Liberalen stimmen! Das soll nicht besagen, daß bei dieser Politik unsre Partei notwendig immer Stimmen verlieren muß. Nein, sie kann mitunter auch viele bürgerliche Stimmen gewinnen. Der größte Schaden, daß unsre Wähler nicht zu wirklichen Sozialdemokraten gemacht werden, tritt in der Stimmenzahl gar nicht direkt hervor. Dieser Mangel an Sozialismus tritt vielmehr darin zutage, daß die Wähler unzuverlässig werden; das eine Mal werden sie zahlreich für unsre Partei stimmen, und das nächste Mal — wie jetzt — scharnweis zu den Liberalen übergeben.

Diese schädlichen Wirkungen fließen nicht aus der besonderen Großblockpolitik hervor, sondern gehören zu der Blockpolitik überhaupt. Der Großblock, diese Sehnsucht des Revisionismus, ist tot, weil die Nationalliberalen nicht wollen; praktisch kommt nur der Kleinblock von Sozialdemokraten und Fortschrittlichen in Frage, und dorthin geht die Tendenz der Politik, die wiederholt auch in weiten Kreisen des Radikalismus, im sogenannten Parteizentrum, Befürworter fand. Auch auf diese Politik der Annäherung an den Fortschritt, die wir als Dämpfungspolitik kennen, bezieht sich die badische Lehre. Und darin liegt ihre Wichtigkeit für die ganze Partei.

Der neue Krupp-Prozeß.

Zweiter Tag.

Berlin, 7. November.

In der heutigen Verhandlung sind die neuerdings geladenen Zeugen General z. D. v. Büding und Major a. D. Wangelmann erschienen. — Vors.: Ist im Juli 1912 der Direktor Dreger an Sie herangekommen auf Anstellung des Leutnants Hoge bei der Artillerieprüfungskommission? — Zeuge: Dreger hat niemals mit mir darüber gesprochen. — Oberstaatsanwalt: Hat Dreger jemals zu irgendeiner andern Zeit wegen des Hoge oder wegen irgendeines andern ein solches Ansuchen an Sie gestellt, um jemandem eine Beförderung zuteil werden zu lassen? — Zeuge: Auch diese Frage kann ich nicht verneinen. — Es wird dann der

Fall Wangelmann

erörtert. Vors.: Was ist das für eine Sache? Liegt da irgend etwas wie Bestechung vor? — Angekl. Eccius: Nein. Wangelmann ist ein bekannter Militärchriftsteller und hatte, nachdem er aus dem Militärdienst ausgeschieden war, den Wunsch, seine Tätigkeit fortzusetzen. — Vors.: Er sollte also lediglich journalistisch für die Firma tätig sein? — Angekl. Eccius: Ja. — Vors.: Kam denn da irgendwie illegale Nachrichtenbeschaffung in Frage? — Angekl. Eccius: Selbstverständlich nein. Wangelmann sollte nach seinem Abschied sachliterarisch im Interesse der Firma tätig sein. Er bekam dafür 400 Mk. monatlich. Als besonderer Sinn der Wangelmannschen Tätigkeit schwebte uns vor, daß er uns gewissermaßen auf Anruf zur Verfügung stehen sollte, wenn wir einen Artikel in die Zeitungen bringen wollten. Er wurde nicht dafür bezahlt, daß diese Artikel kruppreundlich waren, sondern weil uns daran lag, daß Wangelmann, der einen ausgebeuteten journalistischen Verleger unterhielt, diesen in unserm Sinne ausüben konnte. — Oberstaatsanwalt: In einer Zuschrift Dr. Liebknechts wird ausdrücklich die Beschuldigung erhoben, Wangelmann sei schon zu der Zeit, als er noch aktiver Offizier war, im Dienste der Firma Krupp tätig gewesen, um ihr Nachrichten zu verschaffen. Er soll zu diesem Zweck einen Klub gegründet haben, um in diesem Klub die Offiziere anzuhörten. — Angekl. Eccius: Das ist nicht richtig. Die Verhandlung mit Wangelmann war, daß er gelegentlich etwaige Nachrichten, die wir noch nicht hätten, unserer Vertretung in Berlin geben sollte. Ob er damals schon verabschiedet war oder ob seine Verabschiedung unmittelbar bevorstand, weiß ich heute nicht mehr. Jedenfalls oder bezog sich das Arrangement auf die Zeit, wo er nicht mehr im Dienst sein würde. — Zeuge von Mehen: Die Beziehungen zwischen Eccius und Wangelmann waren ziemlich intim. Die Abmachung ging dahin, daß Wangelmann literarisch für die Firma tätig sein sollte; ferner hat Eccius ihn angefragt, in der Artillerieprüfungskommission durch Gespräche mit seinen früheren Kameraden Dinge in Erfahrung zu bringen, die die Firma interessieren konnten. — Zeuge Major a. D. Wangelmann: Es ist nicht richtig, daß ich auf illegale Weise Nachrichten sammeln sollte; meine Beziehungen zu Krupp sind vollkommen kristallklar. — Vert. v. Gordon: Herr v. Mehen hat hier ausgesagt, daß Sie die Herren bei der Artillerieprüfungskommission anhörten sollten. — Zeuge: Das ist absolut falsch. — Oberstaatsanwalt: Sie sollen einen Klub gegründet oder gefördert haben, der diesem Zweck diene. — Zeuge: Es handelte sich nur um ein zwangloses Beisammensein der Herren der Artillerieprüfungskommission, das noch jetzt einmal im Monat stattfindet. — Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Anklage des Oberstaatsanwalts.

Zur Begründung der Anklage erhält dann das Wort Staatsanwalt Dr. Chrzescinski: Als im April dieses Jahres diese Sache in die Öffentlichkeit trat, war der Umstand besonders geeignet, große Beunruhigung hervorzurufen, daß gerade die Firma Krupp es sein sollte, die einen Verrat militärischer Geheimnisse auf sich geladen hätte. Damals schon haben wir erklärt, daß in der mündlichen Verhandlung der Verrat militärischer Geheimnisse eine untergeordnete Rolle spielen würde. Heute steht nur Brandt unter dieser Anklage und ich beantrage, ihn von dieser Anklage freizusprechen. Es bleibt gegen ihn und Eccius nur die Anklage wegen Bestechung bestehen. Eccius steht unter der Anklage der Beihilfe zur Bestechung, es kann bei ihm aber auch Mithäterchaft angenommen werden, was ich tue. Deshalb beantrage ich, gegen beide Angeklagte nicht nur daselbe Gesetz anzuwenden, sondern auch ihre Schuld ganz gleich zu bemessen und sie wegen gemeinschaftlicher Bestechung je zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten zu verurteilen, auf welche bei Brandt die erlittene Untersuchungshaft von vier Monaten in Anrechnung kommen mag.

Der Staatsanwalt erörtert dann nochmals seine Anschuldigung über den mittleren Beamtenstand. Gerade im Interesse der Ehre eines hochstehenden mittleren Beamtenstands bin ich der Ansicht entgegengetreten, als ob man in den Bureaus alles erfahren kann, was man will. Das ist nicht der Fall; man kann es nur auf dem Wege, der auf die Anklagebank oder zu einem Disziplinarverfahren führt. Die Beamten, die sich dazu hergeben, bilden nur eine Ausnahme. Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich gesagt: Welche dem mittleren Beamten, der meine Wege kreuzt! Wenn man fragt, ob ein Dienstgeheimnis verletzt ist, so muß man erörtern, ob Brandt alle diese Dinge von irgendeinem mittleren Beamten auf anständige und ehrliche Weise erfahren konnte, es muß nachgewiesen werden, daß Brandt bewußt die Beamten sich gefügig gemacht hat. Bei Eccius ist nachzuweisen, daß er aus eigenem Willen die Erfolge der Tätigkeit Brandts gewollt und Brandt wissenschaftlich durch Rat und Tat unterstützt hat. Wie ist die ganze Sache entstanden? — Im Reichstag wurden Angriffe gegen die sogenannte Monopolstellung der Firma Krupp gerichtet. Die Firma Krupp führte diese Angriffe zurück auf ihre Konkurrentin, die Rheinische Metallwarenfabrik von Ehrhardt. Sie glaubte aus den Verhandlungen zu er-

PUCK die neue 3 S QUALITÄTS-CIGARETTE. Illustration of a man playing a violin and a man sitting at a table with a pack of Puck Cigarettes. Text: m. Gold, m. Hohlmundst. flach. E. BUCHHEIT